

Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tagesblatt Riesa.
Genuss Nr. 20.

Das Riesner Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Riesa.

Postkontos: Dresden 1530
Circulasse Riesa Nr. 52.

Nr. 21.

Montag, 26. Januar 1925, abends.

78. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Noten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabertages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im Voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 8 mm breite, 4 mm hohe Werbdruckschrift: 6 Silben 25 Gold-Pfennige die 80 mm breite Werbdruckschrift: 100 Gold-Pfennige; Zeitrauben und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Hemmliche Pakete nicht, wenn der Betrag verzollt, durch Nachgelieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Vanger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Polnische Mobilisierungsvorbereitungen.

Alarmbereitschaft in Polen und Thon.

Polen. In der Bevölkerung von Bommereulen ist Beunruhigung entstanden, da berüchtigte Gerüchte verbreitet worden sind, daß die dort lebenden Teile der Polener und Thorer Kräfte (das 7. und 8.) in Alarmbereitschaft versetzt worden sind. Es wird angenommen, daß sich diese Maßnahme gegen Danzig richtet.

Berlin. In den aus Polen und den deutsch-polnischen Grenzgebieten vorliegenden Nachrichten über polnische Vorbereitungen zu einer Mobilisierung konnte, wie den „Dr. Nachr.“ entnommen wird, an amtlicher Stelle bisher noch keine Aufklärung erlangt werden. Jedoch hält man diese Nachrichten in unterrichteten politischen Kreisen nicht für unbegründet. Schon seit einigen Tagen wurden Meldungen bekannt, die über ähnliche Vorgänge in Polen berichteten. Selbstverständlich werden diese Dinge von den unabhängigen deutschen Stellen mit der größten Aufmerksamkeit verfolgt, und es ist wohl anzunehmen, daß auch der offizielle Apparat dazu benutzt werden dürfte, um Aufklärungen von der Warschauer Regierung zu erlangen. Ob Anzeigensabsichten gegenüber deutschen Grenzgebieten tatsächlich bestehen und inwieweit Vorbereitungen für eine Mobilisierung in der polnischen Armee bereits getroffen worden sind, ließ sich bis jetzt von Berlin aus noch nicht mit Sicherheit feststellen.

Ueberreichung der Zwischennote am Dienstag.

Paris. Nach dem Tempo wird die Antwort der Verbündeten auf die deutsche Note über die Nichträumung Kölns der deutschen Regierung am Dienstag überreicht werden. Die Antwortnote wird sich darauf beschränken, die Auslegung des Artikels 429 des Friedensvertrages, nach der die weitere Besetzung Kölns im Vertragswidrigkeit steht, entschieden zurückzuweisen. Der endgültige Bescheid der Interalliierten Militärkontrollkommission über die Abklärung Deutschlands wird der Vorkonferenz nicht vor Anfang Februar übergeben werden.

London. (Funknachricht.) Der diplomatische Berichterstatter des Daily Telegraph schreibt, die neue Zwischennote der Alliierten werde heute in Berlin überreicht. Sie enthalte wenig mehr als eine formelle Bestätigung der deutschen Antwort auf die letzte alliierte Note. Sie betone, wie angenommen werde, von neuem die Tatsache, daß der Eingang des endgültigen Bescheides der Kontrollkommission keine endgültige Entscheidung von den Alliierten getroffen werden könne. Gerüchtweise verlautet, daß die Note außerdem eine kurze Zurückweisung der vor kurzem dargelegten deutschen Argumente enthalte. Tatsächlich scheint die britische Regierung die französische Note angenommen zu haben, daß die Besetzung der ersten Zone automatisch fortzuführen solle, bis Deutschland zeigen könne, daß es seine Entlassungsverpflichtungen erfüllt habe, wobei es mehr Deutschlands Sache sein solle, den Beweis zu liefern, als Sache der Alliierten. Die aufeinanderfolgende Räumung der ersten und zweiten Zone werde so mehr zu einem Gnadenakt als zu einer Verpflichtung.

Die Bedeutung der preußischen Regierungstrife.

WPD. Berlin, 26. Januar.

Am kommenden Freitag wird die Entscheidung über die Lösung der Regierungstrife in Preußen fallen. Im preußischen Landtag herrscht ein überaus reges Leben, und alle führenden Parlamentarier der in Betracht kommenden Parteien halten unausgesetzte Besprechungen ab, um alle Vorbereitungen für die Neuwahl des Ministerpräsidenten zu treffen. Die große Bedeutung der jetzt ausgetragenen Regierungstrife in Preußen liegt darin, daß das Zentrum vor die endgültige Entscheidung gestellt wird, ob es den Bruch mit der Sozialdemokratie vollziehen oder die rechtsbürgerlichen Parteien in der schärfsten Weise brüskieren soll. Stimmt das Zentrum bei der Neuwahl des Ministerpräsidenten für den sozialdemokratischen Kandidaten, so wird es die bisherige Koalition weiter mitmachen müssen und den Kampf gegen die preußischen Rechtsparteien bis zur letzten Konsequenz zu führen haben. Trifft es dagegen für einen gemeinsamen Kandidaten der Rechtsparteien ein, so würde es damit endgültig eine Situation herbeiführen, die das Übergewicht der Machtverhältnisse auf die Rechtsparteien verlegen würde. Soweit diese Erwägungen schon jetzt in Betracht kommen, glaubt sich die Zentrumskolonnen auf den Standpunkt stellen zu müssen, daß es für sie eine schwere politische Gefahr wäre, die preußische Regierung den Rechtsparteien auszuliefern. Man hält es für möglich, daß im letzten Augenblick sich die Zentrumsführer dazu entschließen, bei der Neuwahl des Ministerpräsidenten sich von der Abstimmung fernzuhalten. Nur in diesem Falle könnten die Rechtsparteien einen Sieg über die Linksparteien davontragen, jedoch eine bürgerliche Regierung ans Ruder käme, die auf die Zuhilfe des Zentrums angewiesen sein würde. In den Fraktionsberatungen der preußischen Parteien werden, wie wir hören, auch die führenden Parlamentarier aus dem Reichstag teilnehmen. Bei den Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei ist man bemüht, dahin zu wirken, daß die neue preußische Regierung eine ähnliche Konstellation aufzuweisen hätte, wie das neue Reichskabinett, das heißt, daß die Deutschnationalen zahlenmäßig am stärksten in der Regierung vertreten sind, das Zentrum an zweiter Stelle berücksichtigt wird, während die Deutsche

Volkspartei sich lediglich mit einem wichtigen Ministerposten zufrieden zu geben hätte. Man will dem Zentrum den Posten des Kultusministers überlassen, um ihm damit die Möglichkeit zu geben, in den kirchlichen und Schulfragen den stärksten Einfluß auszuüben, wobei allerdings vorher besondere Abmachungen getroffen werden müssen, die die konfessionelle Parität bei der Behandlung dieser Probleme sicherstellen könnten. Allerdings glaubt man in den deutschnationalen Kreisen nicht, daß das Zentrum auf die Befehle des Kultusministeriums unbedingt bestehen würde, denn es werde von selbst einsehen, daß dies in weitesten Volksteilen Beunruhigung hervorrufen könnte.

Obwohl zur Zeit noch keine endgültigen Vereinbarungen zwischen der Deutschen Volkspartei und den Deutschnationalen getroffen worden sind, dürfte es schon jetzt feststehen, daß die beiden Parteien auf einen deutschnationalen Kandidaten für die preußische Ministerpräsidentenwahl einig werden. Weiterhin steht schon fest, daß der Wirtschaftspartei ein Sitz in der in Aussicht genommenen bürgerlichen Regierung eingeräumt werden würde. Auf der anderen Seite wollen aber auch die Sozialdemokraten der Wirtschaftspartei Konzeptionen machen, jedoch deren Geltung lehren Endes den Ausschlag zu geben hätte. Eine grundsätzliche Entscheidung wird jedenfalls nicht vor Freitag zu erwarten sein.

Der Reichskanzler an die Presse.

Berlin. Der Leiter der Presseabteilung der Reichsregierung hatte am Sonnabend abend die Chefredakteure der Berliner Presse und die Vertreter der auswärtigen deutschen Zeitungen zu einem Bierabend in die Räume der Presseabteilung der Reichsregierung am Wilhelmplatz eingeladen. Neben dem Reichskanzler Dr. Luther und dem Reichstagspräsidenten Poche waren erschienen: Reichsminister des Innern Schuler, Reichswirtschaftsminister Neuhaus, Reichsarbeitsminister Dr. Brauns, Reichspostminister Strauß, Reichsverkehrsminister Krosche, der Präsident des Rechnungshofes Saemisch, die Staatssekretäre v. Schubert, Kempner, Jöweiger, Geib, Schütter, Admiral Jenser und der Generaldirektor der Reichsbahnagencielität Oeser.

Nach einer kurzen Begrüßungsansprache durch Ministerialdirektor Dr. Kiep ergriff Reichskanzler Dr. Luther das Wort zu einer längeren Rede, in der er sich zunächst in launiger Weise über das Verhältnis von Presse zur Regierung aussprach.

Der Reichskanzler ging dann über zu einer Darstellung der verantwortungsvollen Aufgabe, die der Presse gegenüber dem Volksganzen obliegt, wobei er etwa folgendes ausführte:

Im großen politischen Körper der Demokratie besteht die Aufgabe, daß die Beziehungen des Einzelnen zu den großen Dingen des Staates indirekt seien, indem der Einzelne ja nur an der Wahl der Volksvertretung, aber nicht an den Entscheidungen selbst beteiligt sei. Wir müßten, um in unseren Verhältnissen zu gelinden, dahin kommen, das Verhältnis des Einzelnen zum Staatselement so direkt zu gestalten wie nur irgend möglich, und diese Aufgabe könne überhaupt nur die Presse lösen. Die Presse sei in der Lage, den großen Massen der Menschen die großen Dinge des öffentlichen Lebens wirklich nahe zu bringen und deshalb trage die Presse auch die schwere Verantwortung dafür, in welcher Weise diese Nahebringung der Dinge des öffentlichen Lebens erfolge. Die Aufgabe der Presse sei es, nicht nur das Nachrichtenliche, nicht nur das Gefühlspolitische zu unterstreichen, sondern in der Rolle des Volkes das direkte Verhältnis zum Staatselement im Ganzen zu pflegen. Das sei nur möglich, wenn die Presse ihre Leser immer und immer wieder vor die Tatsachen stelle, so wie sie sind. Dann werde erreicht, daß jeder ungeachtet seines Standpunktes auch in der Lage sei, dem Standpunkt des anderen Gerechtigkeit widerfahren zu lassen; dann werde erreicht, was er, solange er im öffentlichen Leben stehe, immer als sein Lebensziel betrachtet habe, daß man im politischen Gegner nicht den Feind, sondern den Volksgenossen sehe, der von einem anderen Gesichtspunkte aus an dieselben Dinge herangehe. Er richte die dringende Bitte an die Presse, sich stets gegenwärtig zu halten, daß unser Volk nicht in feindliche Clans zerfalle, sondern ein großer Organismus sei, in dem sich die einzelnen Teile selbstverständlich gegeneinander bewegen müssen, um das Gesamtresultat zu erreichen, aber nicht gegeneinander kämpfen dürften. Wenn man z. B. von Wirtschaft und Sozialpolitik sprechen höre, so erweise es manchmal so, als wäre die Wirtschaft der Standpunkt der Arbeitgeber und die Sozialpolitik der Arbeitnehmer. Das sei aber ein Unfug; Wirtschaft sei nicht möglich ohne die lebendigen Kräfte der Arbeiter, die man nicht auspumpen dürfe bis zum Letzten, in denen man vielmehr Teile des Volksganzen und Volksgenossen sehen müsse, die sorgfältig zu behandeln seien. Sozialpolitik sei nicht möglich, ohne daß die Wirtschaft im Ganzen gedeihe und Werte erzeuge, mit deren Hilfe die Sozialpolitik betrieben werde. Dieses Beispiel zeige, daß wir nur durch Zusammenfassen unserer Kräfte, aber nicht durch Betonung der Gegensätze über die Hindernisse hinwegkommen würden, die uns noch in großer Zahl auf dem Wege zur Gesundung entgegenstünden.

Zum Schluß gab der Kanzler der Hoffnung Ausdruck, daß er in immer steigendem Maße die Möglichkeit haben werde, mit der Presse zusammen an dem Ziele zu arbeiten, das Trennende zu überwinden und das Einigende, ungeachtet der selbstverständlichen politischen Verschiedenheiten, zu betonen. Dann werde, wenn auch in langsamer, mühseliger Arbeit, der Weg nach oben gefunden werden, den wir alle gemeinsam suchten.

Die Ausführungen des Kanzlers, der ein Hoch auf die Presse ausbrachte, wurden von den Anwesenden mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Der Fortgang der Militärkontrolle.

Berlin, 26. Januar. Von unterrichteter Seite erfahren wir, daß die interalliierte Militärkontrolle bisher ohne jede Unterbrechung weiter fortgeführt worden ist. Eine Angabe der alliierten Stellen, bis zu welchem Zeitpunkt die Kontrolle eingestellt werden soll und wann eine Beendigung der Berichterstattung über die Ergebnisse der Kontrollhandlungen erwartet werden kann, liegt bei der Reichsregierung nicht vor. In den Berliner Regierungskreisen ist man außerordentlich beunruhigt über die Berichte der englischen Regierungsorgane, in denen behauptet wird, daß die Kontrolle noch den ganzen Monat Februar über andauern soll.

Immer wieder das Räumungskompromiß.

Noch einmal taucht im Ausland die Behauptung auf, Dr. Stresemann habe einen englischen Vorschlag, am 10. Mai zugleich die Räumung der Kölner Zone und des Ruhrgebietes vorzunehmen, aus innerpolitischen Gründen abgelehnt. Der englische Journalist Robert Toth veröffentlicht das in der „Baltimore Sun“, und das „Berliner Tageblatt“ gibt es im Fettdruck wieder. Trotzdem wird die Behauptung dadurch nicht wahrer. Wir wiederholen also: Ein offizieller englischer Vorschlag hat überhaupt nicht vorgelegen; ein inoffizieller aber verlor die vorgeltige Räumung des Ruhrgebietes nicht unbedingt, sondern nur mit der Räumungsklausel, daß die Ergebnisse der Militärkontrolle beibehalten sein würden. Diesen Vorschlag hat das Kabinett einstimmig abgelehnt.

Die deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen.

In der letzten Vorkonferenz der deutschen und französischen Unterhändler in Paris am 16. Januar ließen die vorhandenen Differenzen die Fortführung der Verhandlungen wenig aussichtsreich erscheinen, da sich die Franzosen an ihre Vorkonferenz hielten. Die französische Delegation brachte deshalb den Gedanken zur Förderung, ob man nicht eine „freundschaftliche Unterbrechung“ von zwei bis drei Monaten in Aussicht nehmen solle, um diese Zeit zu benutzen, auf beiden Seiten zunächst die Zollgesetzgebung, bei uns in Deutschland die sogenannte kleine Zollnovelle, in Ordnung zu bringen, und dann auf Grund einer festere Basis weiter zu verhandeln. Die Reichsregierung legte aber, da die letzten Vorschläge der französischen Delegation noch weiterer Aufklärung bedürften, der deutschen Delegation nahe, noch nicht auf die freundschaftliche Unterbrechung einzugehen, sondern zu versuchen, ab nicht die letzten französischen Vorschläge in positiver Richtung herausgearbeitet werden könnten.

Infolge der französischen Verhandlungsmethode war bisher immer über Prinzipien diskutiert worden, ohne daß die materielle Tragweite dieser Prinzipien klargestellt werden konnte. So enthielt der französische Vorschlag vom 31. Dezember den Hinweis auf fünf Listen eines Warenverzeichnis, aber die Listen waren nicht mit vorgelegt, so daß sich die Tragweite nicht übersehen ließ. In der letzten Vorkonferenz sprach die französische Delegation abermals von vier Listen. Die erste Liste sollte die Waren enthalten, für die der jetzige französische Minimaltarif gelten sollte, die zweite Liste sollte diejenigen Waren umfassen, die den jetzigen Minimaltarif nur für bestimmte Kontingente erhalten sollten, die dritte Liste diejenigen Waren, die nach dem zukünftigen Minimaltarif behandelt werden würden, und die vierte Liste diejenigen Waren, die weder unter dem jetzigen noch unter den zukünftigen Minimaltarif fallen, sondern in eine Zwischenstufe zwischen dem Minimal- und dem Generaltarif eingereiht werden sollten. Auch diese Listen selbst wurden nicht vorgelegt.

Die deutsche Reichsregierung wünschte deshalb, zunächst die einzelnen Listen kennen zu lernen, um prüfen zu können, wie groß materiell die Meinungsverschiedenheiten darüber sein sollten. Es darf wohl angenommen werden, daß darüber jetzt eine Aufklärung erfolgen wird. Außerdem blieb noch ein zweiter Punkt ungelöst. Deutschland war bereit, für eine kurze Übergangszeit sich mit gewissen Ausnahmen von der Reichsbegünstigung abzufinden, wenn auch Deutschland solche Ausnahmen seinerseits machen könnte. Auf deutscher Seite wollte man einen bestimmten Zeitpunkt festgesetzt wissen, von wann ab keine Differenzierung mehr eintreten dürfe.

Der Leiter der französischen Delegation Nannabh konnte aber nach dem Stande der französischen Gesetzgebung eine positive Zusage nicht machen, sondern erklärte nur, daß die Franzosen nach der Ueberengangszeit Deutschland arbiträr nicht mehr differenzieren würden. Deutschland wünschte nun darüber Aufklärung, was unter Arbiträrment zu verstehen sei und für welche Waren etwa Frankreich sich noch eine Differenzierung vorbehielt. Würde man sich nun über diese Frage und die Einzelheiten der Listen nicht verständigen können, dann könnte immer noch die freundschaftliche Unterbrechung der Verhandlungen, die ja keinen Abbruch bedeuten würde, in Frage kommen. Jedemfalls hat die deutsche Reichsregierung nochmals versuchen wollen, die Verhandlungen fortzuführen, um ein zuverlässiges Urteil über die materielle Tragweite der französischen Vorschläge zu bekommen.